

Rolf Coeppicus

Sachfragen des Betreuungs- und Unterbringungsrechts

Verlag W. Kohlhammer

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
A. Die Anhörung	1
I. Die Bedeutung der Anhörung	1
1. Das rechtliche Gehör	1
2. Die Anhörung als Mittel der Tatsachenfeststellung	1
3. Anhörung bei Schweigen der Betroffenen	2
II. Der Zeitpunkt der Anhörung – das Regelverfahren	2
1. Das Regelverfahren	2
2. „Kategorischer Imperativ“	2
3. Das Regelverfahren ist sachlich geboten	3
4. Endgültige Verhältnisse	3
5. Auch vor einer einstweiligen Anordnung ist eine Anhörung möglich	3
6. Das Regelverfahren ist tatsächlich möglich	3
7. Vermeidung zusätzlicher Belastungen	4
III. Die Anhörung als Erstanhörung	4
1. Ein Allgemeinwissen reicht in der Hälfte der Fälle aus	5
a. Betreuungssachen	5
b. Erkennbarkeit von Krankheit oder Behinderung	5
c. Keine Erforderlichkeit/andere Hilfen/Einverständnis	5
d. Unterbringungssachen	6
e. Fazit: Eine Alltagserfahrung reicht überwiegend aus	6
2. Ergebnisse der Erstanhörung	6
3. Angehörige als Betreuer	7
4. Folgen der Erstanhörung	7
5. Sozialbericht und Gutachten statt Erstanhörung?	8
a. Einholung von Sozialberichten	8
b. Einholung von Gutachten	9
c. Unzulässigkeit	9
d. Ungeprüfte Übernahme?	9
IV. Vorbereitung der Anhörung	10
1. Antragsaufnahme	10
2. Telefonate, Anwesenheit von Auskunftspersonen	10
3. Übersendung von Abschriften des Antrages	10
V. Verschaffung des unmittelbaren Eindrucks vom Betroffenen	10
1. Pflicht	10
2. Unmittelbarer Eindruck ohne Sichtkontakt	11
VI. Die Notwendigkeit einer Umgebungsanhörung	12
1. Allgemeines	12
2. Fälle	12
3. Schlußfolgerungen	13
a. Amtsermittlungspflicht nach § 12 FGG	13

b. Sichere Feststellungen	13
c. Beispiel Verwahrlosung	14
4. Keine Vorwegnahme der Beweiswürdigung	14
5. Keine Belastung Betroffener durch die Umgebungsanhörung	15
6. Weitere Vorteile der Umgebungsanhörung	15
a. Anwesenheit der Auskunftspersonen	15
b. Unveränderter Zustand	16
c. Keine Verfälschung durch Krankenhaus- oder Heimaufenthalt	16
d. Feststellungen zur Erforderlichkeit und Subsidiarität	16
e. Erleichterung der medizinischen Diagnostik	16
f. Eine Fundgrube für weitere Tatsachen	17
g. Präventive Bedeutung	17
7. Beschleunigung und Vereinfachung	18
8. Geringerer zeitlicher Aufwand	18
9. Fazit der Umgebungserstanhörung	18
VII. Widerspruch gegen die Umgebungsanhörung	18
1. Unverhältnismäßigkeit	18
2. Schäden für Betroffene	19
3. Verhinderung des besten Beweismittels	19
4. Keine Belehrung	19
5. Verfahrensmehraufwand	20
VIII. Unangemeldetes Erscheinen	20
1. Unverletzlichkeit der Wohnung?	20
2. Keine Vereitelung von Feststellungen	20
3. Kein Vorwurf der Herbeiführung von Manipulationen	21
4. Die Rechtslage	21
IX. Der Widerspruch gegen die Anwesenheit anderer Personen	22
1. Die Notwendigkeit der Anwesenheit anderer Personen	22
2. Gründe des Gesetzgebers	22
X. Keine Gefahren für Sachbearbeiter bei Umgebungsanhörung	22
1. Keine größeren Gefahren durch psychisch Kranke	23
2. Andere Berufsgruppen leben gefährlicher	23
XI. Die Kleidung als Funktionsträger	24
XII. Die Begrüßung	24
1. Freundlichkeit	24
2. Ansprache mit „Sie“ oder „Du“?	24
a. „Sie“ bezeugt Respekt	24
b. Ausnahme	25
3. Soll man die Hand geben?	25
XIII. Hör- und sprechfähig?	25
1. Hörgerät, Gebiß	25
2. Provokationsversuche	26
3. Antworten durch Körpersprache	26
4. Antworten mit Ja – Kontrollfragen	26
XIV. Allgemeines Verhalten des Anhörenden	27
1. Empathie	27
2. Keine Brüskierung	28
3. Körpersprache	28
a. Allgemeines	28
b. Entscheidende Punkte	29
4. Offenheit und Ehrlichkeit	29
a. Die Wahrheit sagen	29

b. Schutz der Informanten	29
XV. Fragetempo, Wortwahl und Formulierungen	30
1. Sprechtempo	30
2. Zeit für die Antwort, Gesprächspausen	30
3. Wortwahl	30
a. Anpassung	30
b. Niveauanpassung	31
c. Amtssprache	31
d. Formulierungen	31
e. Das Wort „Betreuung“	32
XVI. Die Fragen im einzelnen	32
1. Eingangsfragen	32
a. Fragen zur Orientierung	32
b. Einstiegsfragen – Fragen ohne belastenden Stellenwert	33
2. Fragen, die das Verfahren unmittelbar betreffen	34
a. Fragen nach den Defiziten	34
b. Offene oder geschlossene Fragen	34
c. Suggestivfragen	34
3. Ungeeignete Fragen	35
4. Verhalten des Fragenden	36
a. Geduldiges Zuhören	36
b. Wenn Betroffene ununterbrochen reden	36
c. Der Ertrag des Zuhörens	36
d. Unmittelbarer Eindruck vom Betroffenen	37
e. Bericht über unangenehme Dinge	37
f. Abwesenheit der Angehörigen	37
g. Insistieren	38
h. Betreuungsverfahren	38
i. Fragen bei Kontrolle eines Gutachtens	38
B. Betreuungsverfahren, Statistik	39
1. Überproportionale Zunahme von Betreuungen	39
2. Die Erwartungen an das BtG	40
3. Gründe für die Zunahme der Betreuungen	40
a. Das Mißverstehen des Wortes „Betreuung“	40
b. Senkung der Hemmschwelle	41
c. Sicherung der wirtschaftlichen Existenz	41
d. Finanzielle Anreize durch Betreuungen	42
e. Erleichterung der Arbeit durch Betreuer	42
f. Verrechtlichung	43
g. Verantwortung der Vormundschaftsgerichte	43
4. Zu wenig Betreuungen?	43
5. Regelung de lege ferenda	44
C. Subsidiarität der Betreuung – Unterschriften, Vorsorgevollmachten, Patienten-, Betreuungs- und Pflegeverfügungen	45
I. Ist bereits eine Vollmacht erteilt?	45
II. Tatsächliche Akzeptanz?	45
III. Erlaubte Schreibhilfe	45
IV. Veränderte Unterschriften	46
V. Erklärung der Vollmacht zu gerichtlichem Protokoll	46
VI. Vorsorge für den Fall der Handlungsunfähigkeit	46
VII. Die Vorsorgevollmacht	46
1. Kein neues Rechtsinstitut	47

2. Wirksamkeit	47
3. Muster einer umfassenden Vorsorgevollmacht	48
a. Abstrakte Generalvollmacht	48
b. Die Rechtswirklichkeit	49
c. Vollmacht für höchstpersönliche Angelegenheiten	49
VIII. Die Patientenverfügung	50
1. Bedeutung	50
2. Errichtung der Patientenverfügung und Form	50
IX. Die Betreuungsverfügung	51
1. Sinn der Betreuungsverfügung	51
2. Muster einer Betreuungsverfügung	51
3. Weitere Bestimmungen	51
4. Weitere Vorteile der Betreuungsverfügung	51
X. Die Pflegeverfügung	52
1. „Freigeld“ und Vermögen	52
2. Verwendung eines Einkommens und Vermögens	52
XI. Vorschlag für eine „Vorsorgevollmacht, Patienten- und Pflegeverfügung“	53
Muster einer Vorsorgevollmacht, Patienten- und Pflegeverfügung ..	53
1. Vorsorgevollmacht, Vorschlag eines Betreuers	54
2. Patientenverfügung	54
3. Pflegeverfügung	55
XII. Ergänzungsmöglichkeiten	55
XIII. Die Verbindlichkeit von Patienten- und Pflegeverfügung	55
1. Patientenverfügungen sind rechtlich verbindlich.	55
2. Patientenverfügungen müssen ausgelegt werden	56
a. Inhalt	56
b. Übereinstimmung mit dem jetzigen Willen?	56
c. Übereinstimmung von Patientenverfügung, Realität, ärztlichen Erfahrungen und allgemeinen Wertvorstellungen	57
d. Übereinstimmung von Krankheit, geäußertem Willen und derzeitiger Situation	58
e. Psychiatrisches Konsil	58
3. Das Selbstbestimmungsrecht ist zu beachten	58
4. Tatsächliche Beachtung	59
5. Verbindung von Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht	59
XIV. Sicherung der Urkunden	59
Anlage zu Kapitel C:	
Informationen und Hinweise auf Rechtsfolgen und Ergänzungsmöglichkeiten zur Vorsorgevollmacht, Patienten-, Betreuungs- und Pflegeverfügung	61
1. Warum so umfangreich?	61
2. Verwendung von Formularen	61
3. Hinweise auf Rechtslage und Rechtsfolgen	61
4. Ergänzungsmöglichkeiten	62
a. Vorerkrankungen	62
b. Gegenseitige Bevollmächtigung	63
c. Nachdrücklichere Ablehnung intensivmedizinischer Maßnahmen	63

d. Aufklärung	63
e. Organspende/Obduktion	63
f. Weitere Bestimmungen	63
g. Unterbringungen und unterbringungsähnliche Maßnahmen	64
h. Ergänzungen im Fall einer Betreuung	64
i. Ergänzungen für den Fall der Pflegebedürftigkeit	64
j. Muster für Zusätze zu einer Pflegeverfügung	65
 D. Erforderlichkeit der Betreuung – andere Hilfen	66
1. Ist eine <i>rechtliche</i> Vertretung erforderlich?	66
2. Es muß eine Erkrankung i.S.d. § 1896 BGB vorliegen	67
3. „Vorratsbeschlüsse“ sind unzulässig	67
4. Doppelbelegung des Wortes Betreuung und Zwangsbegutachtung	67
5. Überzeugung Betroffener	67
6. Tatsächliche Unterstützung der Angehörigen	67
7. Krankenhaussozialdienste	68
8. Psychosozialer Förderverein	68
9. Sozialhilfeträger als „andere Hilfe“	68
a. „Hilfe in besonderen Lebenslagen“	69
aa. Umfangreiche andere Hilfen	69
bb. Sozialpsychiatrischer Dienst	69
cc. Leistungen von Amts wegen	69
dd. Die Unterrichtung des Sozialhilfeträgers ist ausreichend	70
ee. Bestellung eines Betreuers zur Prüfung der Bedürftigkeit?	70
ff. Ausgezahlte Sozial- und Arbeitslosenhilfe	71
gg. Barbetrag (Taschengeld)	71
b. Ergebnis	71
10. Betroffene wünschen sich Betreuer in Sozialhilfangelegenheiten	71
11. Betreuungen wegen Kompliziertheit des Sozialhilferechts?	72
12. Betreuungen aus Anlaß von Heimaufnahmen	72
13. Heime wünschen sich Betreuer	73
14. Leben in einem Heim, Betreutes Wohnen	73
15. Verwahrlosung und Vermüllung	74
a. Drohen Schäden?	74
b. Reichen tatsächliche Hilfen aus?	74
c. Zutrittsrecht zur Wohnung?	75
d. Andere Hilfen bei Verwahrlosung durch Gesundheitsamt und Ordnungsamt	76
e. Wohnungsgesellschaften	76
16. Rentenempfänger	76
17. Pflegeversicherung	77
a. Allgemein	77
b. Hotelkosten und Selbstzahler	78
18. Beihilfeangelegenheiten	78
19. Leistungsträgerangelegenheiten	78
20. Behördenangelegenheiten, Steuererklärung	79
21. Entgegennahme, Öffnen und Anhalten der Post	79

a. Aushändigung auch an den geschäftsunfähigen Empfänger	79
b. Einwilligung in das Öffnen	80
c. Geschäftliche Post und Behördenpost	80
d. Bestellwut	80
e. Die Krankenversichertenkarte	80
22. Ummeldung beim Einwohnermeldeamt/Beantragung eines Personalausweises	80
23. Führen eines Prozesses	81
 E. Der Aufgabenkreis der Aufenthaltsbestimmung	82
I. Zivilrechtliche Unterbringung?	82
II. Nichtseßhafte	82
III. Keine Vorratsbeschlüsse	82
IV. Die Heimverschaffung	82
1. Allgemeines – Statistik	83
a. Das Heimeintrittsalter	83
b. Verweildauer – hohe Sterblichkeitsraten	84
c. Die Auswirkungen der Pflegeversicherung auf Heimaufnahmen	84
2. Beeinträchtigung von Rechten und Schäden durch Heimaufnahme	85
a. Eingriff in viele Grundrechte	85
b. Vermögen	85
c. Wohnen	85
d. Heimvertrag	86
e. Zusätzliche Risikofaktoren	86
f. Keine Zukunftsperspektive	86
3. Die Wünsche der Betroffenen	87
4. Das Wohl der Betroffenen	87
5. Positive Entwicklungen nach Heimaufnahme	88
V. Die Erforderlichkeit von Heimverschaffung	89
1. Fälle von Heimpflegebedürftigkeit	89
a. Umfassende Defizite	89
b. Verwirrtheit bei vorhandener Mobilität	90
c. Gelegentliche Risiken	90
d. Überforderung der Angehörigen	90
e. Kein Abschieben	91
f. Ziele des Sozialstaates	92
2. Es fehlen Kriterien für Heimverschaffungen	92
a. Gelegentliche Risiken	92
b. Keine Regelung	93
c. Abstrakte Risiken	93
3. Die Fragen und Ermittlungen bei Heimverschaffung	93
a. Fragen nach der Alltagskompetenz	93
b. Sind Defizite vorhanden?	94
c. Situativ bedingte Inkontinenz und Desorientierung?	94
d. Eigene Entscheidungsfähigkeit	94
4. Erforderlichkeit – sind die Defizite behebbar?	95
a. Medizinische Diagnostik	95
b. Sekundäre Demenz	95
c. Austrocknung	96
d. Unterernährung und Mangelernährung	96
e. Absetzen der Medikamente	96

f. Kontrolle der Medikamenteneinnahme	97
g. Unfälle	97
h. Öffnen für jedermann, Käufe	98
i. Aggressivität	98
j. Beschuldigungen	99
5. Andere Hilfen	99
a. Vorhandenes Vermögen	99
b. Zuwendungspersonen	100
c. Pflege durch Angehörige	100
d. „Rente für die Angehörigen“	101
e. Nächtliche Unruhezustände	102
f. Wegläufer	102
g. Rechtliche Hinweise	103
h. Gefahren durch Brand, Gas, Strom und verdorbene Lebensmittel	103
i. Stürze	103
j. Inkontinenz	104
k. Weitere technische Möglichkeiten	105
l. Beschallung	106
m. Großer Markt für Pflege- und Hilfsmittel	106
VI. Vorgehensweise	106
1. Inanspruchnahme der Sozialhilfeträger	107
2. Ambulante Dienste	107
3. Geriatrisches Assessment	107
4. Geriatrisches Assessment durch die ambulanten Dienste ..	108
5. Sachverständige	108
6. Neigung zum verwahrenden Prinzip	109
7. Probewohnen	109
VII. Wer entscheidet über die Heimverschaffung?	110
1. Entscheider allein der Betreuer?	110
2. Probleme bei alleiniger Entscheidung durch den Betreuer	110
3. Analoge Anwendung des § 1906 BGB?	111
4. Präzisierung der Aufgabenkreise	111
5. Unterschiedliche Auslegung der Aufgabenkreise	111
6. Kein Schutz durch die Genehmigungspflicht einer Wohnungskündigung	113
VIII. Veröffentlichte Entscheidungen	113
 F. Der Aufgabenkreis „Gesundheitsfürsorge“	116
I. Einwilligung in ärztliche Maßnahmen	116
1. Die Einwilligung des Patienten	116
a. Die ausdrücklich erklärte Einwilligung des Patienten ..	116
aa. Die Einwilligungsfähigkeit	116
bb. Die Aufklärung	117
cc. Minderbegabung	117
b. Die mutmaßliche Einwilligung des Patienten	117
2. Die Einwilligung durch einen Vertreter	118
3. Unterschrift durch Angehörige	118
4. Betreuerbestellungen zur Entbindung von der Schweigepflicht?	118
II. Freiheit zur Krankheit?	119
1. Fälle	119

2. Psychopharmakotherapie	119
3. Das Gefährliche ist die Krankheit	120
4. Pflichten Betroffener	120
5. Kriterien	120
III. Die künstliche Ernährung	121
1. Allgemeines	121
2. Infusionen über Venenkatheter und Kanülen	122
3. Nasensonde	122
4. PEG-Sonden	123
a. Allgemein	123
b. Die Vorteile der PEG-Sonden	123
c. Die Nachteile der PEG-Sonden	123
d. Vorzug der PEG-Sonde	123
e. Die Erforderlichkeit der Betreuerbestellung bei Legen einer PEG-Sonde	124
f. Prüfung der Erforderlichkeit der PEG-Sonde	125
IV. Die Elektrokrampftherapie/Elektrokonvulsionstherapie	126
V. Sexistisches Verhalten	128
VI. Wegläufer	128
1. Erforderlichkeit	128
2. Bei Wegläufern ist folgendermaßen vorzugehen	129
VII. Alkohol- und Medikamentenmißbrauch	129
VIII. Risikobehandlungen nach § 1904 BGB	129
1. Allgemeines	129
2. Gefahren durch das Genehmigungsverfahren	130
3. Kompetenz der Vormundschaftsgerichte?	130
G. Sterbehilfe, Behandlungsabbruch und Teilnahme am Suizid ..	132
I. Die tatsächliche Situation	132
II. Eine übliche Entscheidung	132
III. Die verschiedenen Fallgestaltungen	133
IV. Begrifflichkeit und Rechtslage	133
1. Aktive Sterbehilfe	133
a. Aktives Töten aus Mitleid	133
b. Tötung auf Verlangen	133
c. Objektiv unerträgliche Schmerzen	134
2. Indirekte Sterbehilfe	134
3. Passive Sterbehilfe	134
4. Der Behandlungs- und Ernährungsabbruch	135
a. Entscheidungsfähige Betroffene	135
b. Entscheidungsunfähige Betroffene	135
aa. Zwei Rechtfertigungsgründe	135
bb. Zwei eigenständige Rechtfertigungsgründe	135
5. Wann liegt der mutmaßliche Wille vor?	136
a. Rechtsprechung	136
b. BGH, NJW 1995, 204 (Fall der Frau E.)	136
c. Die Ermittlung des mutmaßlichen Willens nach BGH und LG Kempten	137
d. Der Fall des OLG Frankfurt a.M. (NJW 1998, 2747) ..	137
e. Ermittlung des mutmaßlichen Willens des Kranken ..	137
aa. Der individuelle Wille	137
aaa. Schriftliche und mündliche Äußerungen ..	138
bbb. Beachtlichkeit früherer Äußerungen ..	138
bb. Die allgemeinen Wertvorstellungen	138

aaa. Die Wünsche Hochaltriger	139
bbb. Pflegende	139
ccc. Nichtbetroffene	139
ddd. Die Öffentlichkeit	139
eee. Mutter Teresa, Pfarrer Albertz	139
fff. Die Literatur	140
ggg. „Therapiebegrenzung“	140
hhh. Glaubwürdigkeit	140
iii. Tithonus	141
jjj. Festbinden der Hände	141
kkk. Ergebnis	141
6. Es fehlt ein Behandlungsauftrag	142
7. Bettenabbau, Medizinerschwemme	142
8. Müssen die Vormundschaftsgerichte für Einwilligungen in tödlich verlaufende Behandlungsabbrüche Betreuer bestellen und die Einwilligungen dieser Betreuer vormundschaftsgerichtlich genehmigen?	142
a. Ein Betreuer ist zu bestellen	142
b. Die gerichtliche Genehmigung (analog § 1904 BGB) ist sachgerecht	144
c. Kompetenz der Vormundschaftsgerichte?	144
d. Ergebnis	144
e. Abbruch auch der Flüssigkeitszufuhr?	145
9. Wessen Entscheidung ist maßgebend?	145
a. Der Betreuer entscheidet verbindlich	145
b. Keine Fremdentscheidung	146
c. Kein willkürliches Handeln des Betreuers	146
d. Ergebnis	146
V. Teilnahme am Selbstmord-Betroffener	147
1. Der Suizid ist ein Unglücksfall	147
2. Pflicht zur Hilfeleistung nach freiverantwortlichem Suizid des Betroffenen?	148
a. Unterlassen von Rettungsmaßnahmen durch den Garanten	148
aa. Frühere Rechtsprechung des BGH	148
bb. Änderung der Rechtsprechung	149
cc. Abstellen auf den Patientenwillen	149
dd. Ergebnis	149
b. Unterlassen von Maßnahmen durch einen Nicht-Garanten	149
c. In dubio pro vita	149
3. Hilfe zum Bilanzsuizid („assistierter Suizid“)	150
a. Aktive Sterbehilfe	150
b. Erlaubte Hilfe zum Bilanzsuizid	150
c. Erlaubte Hilfe zum Bilanzsuizid auch durch den Garanten	151
d. Festzuhalten ist, daß Straflosigkeit bei Hilfe zum Suizid nur in folgenden Fällen besteht	151
e. Vermeidung der Strafbarkeit durch Verlassen des Suizidenten	152
VI. Ergebnis	152

H.	Der Aufgabenkreis „Vermögenssorge“	154
I.	Sinnvolle Fragen bei Vermögenssorge	154
II.	Erforderlichkeit	155
	1. Barbetrag (Taschengeld)	155
	a. Andere Hilfe: Verwaltung des Taschengeldes durch die Heime	155
	b. Rechtliche Konstruktion	155
	c. Probleme mit den Angehörigen	155
	2. Taschengeldrecht	156
	a. Personen- und bestimmungsgebunden	156
	b. Aushändigung an Angehörige trotz fehlender Gegenleistung?	157
	c. Die Bewohnerin muß entscheidungsfähig sein	157
	d. Praktisches Vorgehen	157
	e. Kontrolle des Betreuers bei Zahlung von Taschengeld .	158
	f. Fehlender Bedarf	158
	g. Benachrichtigung des Sozialamtes?	159
	3. Arbeitseinkommen in einer Werkstatt	159
	4. Sparbuch	159
	a. Legitimationswirkung	159
	b. Besondere Klauseln	160
	5. Beschränkung des Aufgabenkreises nur auf angegebene Konten	160
	6. Eröffnung eines Bankkontos	160
	7. Vergeßlichkeit	161
	8. Kontoüberziehungen	161
	9. Betreuungen wegen Luxusausgaben und Verschwendungen?	162
	10. Betreuungen bei Alkohol- und Medikamentenmißbrauch .	162
III.	Einwilligungsvorbehalt	162
I.	Unterbringungsverfahren und freiheitsentziehende Maßnahmen	164
I.	Zunahme der Zwangseinweisungen?	164
	1. Es gibt keine zuverlässigen Zahlen	164
	2. Was sind Unterbringungsverfahren?	164
	3. Doppelte Zählung derselben Fälle	165
	4. Verlängerungsverfahren	165
	5. Justizstatistik	165
II.	Die Zunahme der Zwangseinweisungen	166
	1. Zunahme von Zwangseinweisungen trotz besserer Versorgung	166
	2. Gründe für die Zunahme von Zwangseinweisungen	166
	a. Sogwirkung psychiatrischer Betten	166
	b. Verrechtlichung	166
	c. Heutige notfallmedizinische Erkenntnisse	167
	d. Krankenhaus statt Polizeigewahrsam	167
	e. Simulation	167
	f. Kürzere Verweildauern	168
	g. Betreutes Wohnen	168
	h. „Verfrühte“ Anträge	168
III.	Unterschiedliche Zwangseinweisungsquoten	169
	1. Statistik	169
	2. Metropolfunktion	169

3. Bessere medizinische Versorgung durch mehr Zwangseinweisungen?	170
4. Rückgang der Zwangseinweisungen durch besseren Personalschlüssel	170
IV. Die Besuchskommissionen	171
V. Ergebnis	171
VI. Weniger psychiatrische Betten?	172
1. Definition von Betten	172
2. Wahrscheinlicher Anstieg psychiatrischer Betten	172
VII. Art der Unterbringung	173
1. Öffentlich-rechtliche oder Zivilunterbringung?	173
2. Akutpsychiatrie	173
3. Langzeitunterbringungen	173
4. Strafrechtliche Unterbringung	173
5. Freiheitsentziehung?	174
VIII. Freiwilligkeitserklärung	174
1. Sinn der Freiwilligkeitserklärung	175
2. Vorschlag am Ende der Anhörung	175
3. Rechtswirksamkeit einer Freiwilligkeitserklärung	176
IX. Verkündung der Entscheidung	177
1. Allgemeines	177
2. Begründung in Gegenwart des Betroffenen	177
X. Freiheitsentziehende (unterbringungsgähnliche) Maßnahmen	177
1. Allgemeines	177
2. Gerichtliche Verfahren	178
3. Freiheitsentziehung?	178
4. Rechtfertigungsgründe für unterbringungsgähnliche Maßnahmen	181
5. Erforderlichkeit der unterbringungsgähnlichen Maßnahmen	181
a. Abstrakte Gefahren reichen nicht aus	181
b. Der Preis der Risikovermeidung	182
c. Einzelne Möglichkeiten	182
d. Zuwendungspersonen	183
6. Art der Maßnahme, Verhältnismäßigkeit	184
7. Festbinden der Hände	185
J. Ermittlungen und Erforderlichkeit von Zwangsmäßignahmen bei allgemeinen psychischen Erkrankungen, Alkohol-, Medikamentenmißbrauch und Suizidalität	186
I. Allgemeine psychische Erkrankungen	186
1. Anhörung und Fragen	186
2. Andere Ursachen?	187
3. Gefahr	187
a. Konkrete Eigen- und Fremdgefahr	187
b. Wegläufer	188
c. Gefahrenabwehr auf andere Weise	189
d. Gefahr durch Nichtbehandlung	189
e. Die Gefahr ist die Krankheit	190
f. „Freiheit zur Krankheit“	190
g. Bedeutung für die Praxis	191
h. Nutzen-Risiko-Abwägung	191
i. Chronifizierung	191
j. Zerstörung des sozialen Netzes	192

II.	Alkoholmißbrauch	192
1.	Allgemeines	192
2.	Folgen des Alkoholmißbrauchs	192
	a. Die internistischen Veränderungen	193
	b. Die neurologischen Symptome	193
	c. Die psychischen Symptome	193
	d. Persönlichkeitsveränderungen	193
3.	Ermittlungen	193
4.	Fragen	194
5.	Erforderlichkeit der Unterbringung	195
6.	Entgiftungsbehandlung und Entwöhnungstherapie	195
	a. Entgiftung	196
	b. Entwöhnungstherapie	196
7.	Keine Unterbringung nur bei Sucht	196
8.	Unterbringung bei Gefahr des Rückfalls	197
9.	Simulation	197
10.	Verhinderungen des Rückfalls durch Betreuungen?	198
11.	Ganz unten	198
III.	Medikamentenmißbrauch	199
IV.	Die Gefahr der Selbsttötung	199
1.	Zahlen und Statistik	199
2.	Unterbringungsverfahren wegen der Gefahr von Selbsttötungen	201
	a. Allgemeines	201
	b. Anhörung bei Suizidalität	201
	c. Faktoren für Suizide	202
	aa. Biographische Faktoren	202
	bb. Soziale Faktoren	202
	cc. Die psychischen Faktoren	203
	d. Konkrete Gefahr	203
	e. Keine konkrete Selbstmordgefahr	204
	f. Suizidalität bei Zwangsräumung	204
	g. Kein Krankheitswert	205
	h. Simulation	205
	i. Keine Unterbringung trotz Suizidalität	206
	j. In dubio pro vita	206
	k. Dissimulation	206
	l. Bilanzselbstmord	207
3.	Freiwilligkeitserklärung bei Suizid	207
	a. Ultima ratio	208
	b. Überzeugung des Betroffenen	208
	c. Kein Versprechen der Betroffenen	208
4.	Polizei	208
5.	Fälle	209
K.	Ambulante Zwangsbehandlung	210
1.	Fälle	210
2.	Ersatz	210
3.	Überprüfung	211
L.	Ermittlungen und Sachverständigengutachten	212
1.	Die Zwangsbegutachtung	212
2.	Die Tatsachen sind meist auch ohne Gutachten feststellbar	212
3.	Die Krankheit oder Behinderung muß feststehen	212

4. Weitere ärztliche Gutachten sind oft entbehrlich	213
5. Wer stellt die Tatsachen fest?	213
6. Das Vormundschaftsgericht muß selbst ermitteln	214
7. Unterlassen der Bestimmung des Beweisthemas	215
8. Der Psychiater als Sachverständiger	215
a. Rechtsprechung und Literatur	215
b. Die Krankheiten oder Behinderungen stehen meist fest	216
c. Entscheidend ist überwiegend die Defizitbewältigung	216
d. Inanspruchnahme nicht vorhandener Sachkunde	216
e. Befundtatsachen	217
9. Qualifikation/Fachgebiet des Sachverständigen	217
10. Voraussetzung: Sachkunde	218
11. Umfang der Gutachten	218
12. Prüfung von Gutachten und Befundtatsachen	218
13. Gefahren durch den Sachverständigen	220
14. Ärztliche Bescheinigungen	221
15. Eine Kontrolle ist möglich	222
 M. Die Bestellung von Verfahrenspflegern	 223
1. Die Rechtslage	223
2. Interesse Betroffener an der Bestellung von Verfahrenspflegern	223
a. Erforderlichkeit der Bestellung	223
b. Nur bei Bestellung eines Betreuers?	224
c. Schutzbedürfnis	224
d. Fehlende Verständigungsmöglichkeit mit dem Betroffenen	224
3. Die sachliche Berechtigung der Bestellung von Verfahrenspflegern	225
4. Die Qualifikation des Verfahrenspflegers	226
5. Der Wunschexperte	226
 N. Festhalten des Ergebnisses der Anhörung – Protokollierung ..	 228
1. Allgemeines	228
2. Das Wortprotokoll	228
3. Direkte Rede	228
a. Verfremdung durch indirekte Rede	229
b. Geringere Verständlichkeit für Betroffene	229
c. Bessere Wiedergabe der Krankheit/Behinderung durch Wortprotokoll in direkter Rede	229
d. Längere Protokolle bei indirekter Rede	229
e. Unschädlichkeit der Ich-Form	230
4. Protokollierung der Fragen – Fragen in Klammern	230
5. Bewertungen anstelle eines Wortprotokolls	231
6. Feststellungen im Protokoll	231
a. Vermerke im Protokoll	231
b. Aktenvermerk statt Protokollvermerk	232
7. Zeitpunkt der Erstellung des Wortprotokolls	232
a. Diktat in Gegenwart des Betroffenen	232
b. Unterbrechen des Betroffenen	233
c. Direktes Dikat oder Anfertigung von Notizen?	233
d. Wenn Betroffene ununterbrochen reden	233
e. Notwendigkeit von Notizen	234

f. Ausschluß von Unklarheiten – therapeutische Bedeutung des Wortprotokolls	234
8. Erstellung des Wortprotokolls durch Protokollführer oder mit Diktiergerät?	234
a. Protokollerstellung mit Diktiergerät	234
aa. Geringere Zahl der teilnehmenden Personen	234
bb. Gewißheit der Richtigkeit des Protokolls	235
b. Protokollerstellung durch Protokollführer	235
c. Ökonomische Nachteile der Diktatprotokollierung	236
d. Keine Störung der Kommunikation	236
e. Die Meinung von Psychiatern	237
f. Ablehnung der Geräteprotokollierung durch Betroffene	237
9. Technische Fragen	237
10. Protokollerstellung durch Originaltonaufnahme?	237
11. Entscheidungen auf Grund von Gedächtnisprotokollierung	238
12. Formularmäßige Protokolle	238
O. Das Wahlrecht Betroffener	239
1. Das Wahlrecht ist höchstpersönlich	239
2. Analphabeten und körperlich Behinderte	239
3. Geistig Behinderte	240
4. Briefwahl	240
5. Sonderwahlbezirke und beweglicher Wahlvorstand	240
6. Gesetzlicher Ausschluß vom Wahlrecht	241
P. Schenkungen und Testamente zugunsten von Heimen, Mitarbeitern und Betreuern	242
1. Rechtslage bei Heimbewohnern	242
2. Zuwendungen „nach“ dem Tod des Bewohners	243
3. Geringwertigkeit	243
4. Ahndung von Verstößen	243
5. Zuwendungen an Betreuer	244
Q. Praktische Vorschläge, technische Ausrüstung	245
R. Erläuterungen zu den vormundschaftsgerichtlichen Formularen	248
S. Vormundschaftsgerichtliche Formulare	253
T. Lexikon	289
U. Stichwortverzeichnis	334
V. Gedicht	342